

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreilindenstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 22. April 1931

Nummer 32

Kommunistische Gelbsucht

Schon in Nr. 10 vom 4. Februar haben wir von dem kommunistischen Verrat gewerkschaftlicher Grundzüge zugunsten parteipolitischer Knechtschaft in der Berliner Druckerei des Zentralorgans der KPD („City“-Druckerei) berichtet. Inzwischen hat die weitere Entwicklung der Dinge in diesem Hort parteipolitischer Prostitution dazu geführt, daß alle noch in diesem Betrieb Beschäftigten aus den in Frage kommenden Gewerkschaften ausgeschlossen werden mußten. Es wird daher die „Rote Fahne“ in Berlin heute nur noch von gewerkschaftlich unorganisierten hergestellt, und zwar nach Grundzügen, die bisher als typische Kennzeichen der „Gelben“, d. h. willensloser Unternehmernknechte, gegolten haben.

Handelte es sich bei jenem ersten Stadium kommunistischer Gelbsucht mehr um die Angst vor der Einsichtnahme Andersdenkender in die parteipolitische Giftmischerlei und Arbeiterverhöhnung im eignen Hegeknast, und spielte zunächst die Sorge um die „Wirtschaftlichkeit“ des Betriebes der „City“-Druckerei noch eine untergeordnete Rolle, so trat diese Spekulation, nachdem man endlich parteipolitisch „unter sich“ war, um so dreister hervor. Denn wozu sollte man schließlich überhaupt „gefäuert“ haben, wenn dabei für die linientreue Gewinnung nicht auch noch das letzte Opfer gebracht werden sollte. Da kam denn die Verordnung vom 28. März zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wie gerufen. Sie gab den Kanariern der „City“-Druckerei Gelegenheit, ihre wirtschaftsfriedliche Gewinnung ihren Brotgebern gegenüber durch folgenden Beschluß in Nr. 85 der „Roten Fahne“ unter der idyllischen Balkenüberschrift „Unre Antwort an Brüning und Severing“ zu verkünden und zu verzerren:

... Die Besatzung der Citydruckerei wird innerhalb der nächsten drei Monate täglich eine Stunde freiwillige Überarbeit ohne Bezahlung leisten und die Parole „Sparen an jedem Pfennig“ zum Leitmotiv ihrer Handlungen machen, um den gesteigerten Anforderungen der revolutionären Bewegung gerecht zu werden.

Das ist unsere Antwort an Brüning und Severing. Unre freiwillige Überarbeit nimmt keinem Arbeitlosen graphischen Arbeiter die Beschäftigung. Sie gibt der Partei die Möglichkeit, die beherrschenden Eliten und die Auswärtigen der Vorzeilen gegen die revolutionäre Literatur zu einem Teil unwirksam zu machen...

Wir verurteilen und charakterisieren diesen Beschluß als Merkmal gelber Gewinnung nicht deshalb, weil er den scheinheiligen Stempel parteipolitischer Opferwilligkeit trägt, sondern deshalb, weil er einen Verrat und eine Preisgabe gewerkschaftlicher Grundzüge darstellt. Denn hier handelt es sich um eine Verschärfung grundlegender gesetzlicher Arbeiterschutzbestimmungen und der von den Gewerkschaften unter großen Opfern erkämpften tariflichen Rechte aus rein parteipolitischer Liebedienerei oder Knechtheit. Wir sind Gegner der Notverordnung vom 28. März d. J. zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, insbesondere des zweiten Abschnitts dieser Verordnung, der die bisherigen gesetzlichen Verbotsmöglichkeiten von Zeitungen und andern Druckchriften wesentlich erweitert und erleichtert; aber wir erblicken in dem von den KPD-Akademien der Berliner „City“-Druckerei beschriebenen „Protokoll“ gegen diese Verordnung weder ein sachlich wirksames noch von gewerkschaftlichen Grundzügen aus empfehlenswertes Mittel, sondern einen geradezu freudhaften Verrat fundamentalster Arbeiterinteressen. Ist es schon an und für sich eine unverantwortliche Preisgabe politischer Meinungsfreiheit, wenn das Arbeitsverhältnis von der parteipolitischen Tendenz des Betriebszweckes abhängig gemacht wird, wie dies neuerdings in den meisten kommunistischen Betriebsbetrieben auch an andern Orten üblich geworden ist, so muß die im vorliegenden Fall guttore getretene bewußte Untergrabung arbeitsrechtlicher Grundzüge in Richtung

der reaktionärsten Wünsche und Forderungen des Unternehmertums geradezu als parteipolitische Verhöhnung des ganzen bisherigen Ringens der freien Gewerkschaften empfunden werden. Wird doch dadurch die Förderung der ärgsten Scharfmacher und Befürworter der privatkapitalistischen Wirtschaft auf Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnsenkung in geradezu frivoler Weise von kommunistischer Seite Vorstoß geleistet. Auch der Zweck dieser reaktionär-radikalen Liebedienerei vor parteipolitischen Gößen ist ein völlig verfehlter. Denn seine letzte Erfüllung würde doch nichts anderes bedeuten, als die Erhebung einer Diktatur oder Gewalt Herrschaft durch eine andre, und zwar durch die Träger einer Diktatur, die bisher schon vor den gemeinsten Mitteln nicht zurückgeschreckt sind, um die politische und gewerkschaftliche Abwehrkraft der deutschen Arbeiterschaft durch parteipolitische Verhöhnung und Zersplitterung zu schwächen statt sie zu festigen. Die parteipolitische Opferbereitschaft spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle; ihr könnte auf einwandfreierem Wege mit gleicher Hingabe Rechnung getragen werden. Ausschlaggebend ist die Bewußt und rücksichtslos vollzogene Preisgabe der im Interesse der arbeitslosen Kollegen von den Gewerkschaften geforderten Einführung der Fünftageswoche durch freiwillige Verlängerung der täglichen Arbeitszeit ohne jeden Lohnausgleich. Die kühnsten Träume der rücksichtslosesten Scharfmacher in Unternehmerkreisen werden dadurch noch übertroffen. Selbst Reichskanzler Brüning wird sich über diese praktische Erfüllung seines Wunsches nach einer baldigen engeren Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Arbeitern auf dem Gebiet der Arbeitszeit- und Lohnregulierung zur Entlastung der Wirtschaft freuen. Daß aber die Kommunisten die ersten sein würden, die sich in solchem Sinne einer größeren Wirtschaftlichkeit der Betriebe opfern, dürfte er am allerwenigsten erwarten haben!

Wirtschaft und Politik

Zu den Geschäftsberichten der deutschen Banken für das Jahr 1930

Kunmehr liegen uns die Jahresberichte sämtlicher großen deutschen Bankinstitute vor, und es ist interessant, die einzelnen Ausstellungen zur wirtschaftlichen und politischen Lage miteinander zu vergleichen. Übereinstimmend klingt aus allen Texten — wir betrachten hier in der Hauptsache die Berichte der großen D-Banken: Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Darmstädter und Nationalbank — die Klage über die schwere deutsche Krise, die insbesondere durch die politische Entwicklung des letzten Jahres noch gesteigert wurde. Die Deutsche Bank ist dabei in ihren diesjährigen allgemeinen Betrachtungen auffällig kurz und berichtet neben der Verminderung des Welt Handels nur von den allgemein ungünstigen Jahresergebnissen im Bankgeschäft, das in Deutschland durch innerpolitische Faktoren und durch den Druck der Reparationsverpflichtungen noch besonders leidet.

Im übrigen wird nur auf die innere Entwicklung des eignen Geschäfts eingegangen und die Auswicklungen der Fusion Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft, die sich im letzten Jahr bemerkbar gemacht hat, als gut bezeichnet. Die Handlungskosten konnten um 2 1/2 Millionen Mark vermindert werden, wovon drei Viertel an persönlichen Ausgaben eingespart wurden. Das findet seinen Niederschlag in der Verminderung des Personalbestandes von 21 600 Köpfen auf 20 051. Die Rationalisierung, die also im wesentlichen nur durch die Entlassung eines großen Teiles der Arbeitskräfte eingeleitet ist, zeigt auch hier ihren Hakenfuß: sachlich wird nur wenig gepart, dafür aber Menschen brotlos gemacht, deren ausfallende Konsumkraft die Krise immer weiter verschimmern muß. Die Herren von der Direktion werden das ja wohl auch einsehen, aber der eigne Sädel geht ihnen lieber vor das Allgemeinwohl. So konnten selbst für das schwere Notjahr 1930 für die Aktionäre der Deutschen Bank nicht nur 8 Prozent Dividende ausgeschüttet werden, sondern noch für 35 Millionen Mark eigene Aktien zurückgekauft werden, welcher Betrag einfach

intern abgeschrieben wurde, um den Gewinn nach außen hin nicht allzusehr in Erscheinung treten zu lassen. Das ist das wahre Gesicht der Rationalisierung.

Den gleichen sechsprozentigen Dividendenfuß zahlt auch die Dresdner Bank aus. Nach der Meinung ihres Vorstandes zeigt die Weltwirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten die Merkmale der Überproduktion und der Überinvestition, während sie in den meist betroffenen europäischen Ländern eine Erscheinung der Erschöpfung ist. Stellen wir gleich daran anschließend eine Äußerung aus dem sehr ausführlichen Geschäftsbericht der Darmstädter und Nationalbank: „In seinem weiteren Verlauf hat jedoch das Jahr 1930 den Beweis dafür erbracht, in welchem Umfang die Wirkung aller hemmend empfundenen Abhängigkeit übersteigert wird durch den überragenden Einfluß, den die Politik auf das wirtschaftliche Denken und Handeln, auf das sichere und richtige Funktionieren wirtschaftlicher Dispositionen ausübt.“ Nach der Einsicht in diesen Dingen, die doch klar die heutige Unmöglichkeit der individualistisch-privatkapitalistischen Wirtschaft zeigen, mutet es doppelt komisch an, wenn später gesagt wird, daß heute schon viel zu sehr in die kapitalistische Ordnung die kollektivistisch orientierte Organisation eingebunden ist, eine entseelte und verflachte, weil mißverständliche Demokratifizierung zu Lasten des unternehmungsmutigen und verantwortungsbewußten Individuums. Und weiter: „Man soll dem freien Spiel der Kräfte, das das Wesen der kapitalistischen Ordnung ausmacht, wieder Raum geben. Dann wird sie durch ihr lebendiges Anpassungsvermögen an die gegenwärtigen Forderungen und durch das ihr innewohnende Streben nach Veredlung die sich im geschäftlichen Entwicklungsprozeß wandelnden Ideen zu neuen Formen gestalten können.“

Man muß sagen, diese Worte aus dem Munde eines nüchternen Bankmannes klingen reichlich theatralisch, aber noch sehr viel mehr nebelhafter. Die ganze Schwäche des Privatkapitalismus verbirgt sich hinter diesen hohen Phrasen. Noch schlimmer aber wird es in folgenden Bemerkungen: „Die Rentabilität unserer Wirtschaft wird nur erreicht werden können, wenn wir uns von der Arbeitslosigkeit befreien, die über das konjunkturell bedingte Maß hinausgeht und zu einer Dauererscheinung zu werden droht. Diese Arbeitslosigkeit ist gewiß nicht allein, aber doch wesentlich auf eine künstliche Erhöhung der Löhne durch eine staatlich begünstigte monopolistische Lohnpolitik zurückzuführen, die einerseits zu einer übersteigerten Rationalisierung und Zusammenfassung von Betrieben und damit zur Freisetzung von Arbeitskräften geführt, anderseits einem Teil der Arbeitnehmers zu Lasten der übrigen einen zu starken Anteil an dem Sozialprodukt gesichert hat. Wir müssen alles aufbieten, um durch eine den Gesetzen der freien Marktwirtschaft entsprechende Lohngestaltung die rentable Verwendung von Arbeitskraft in hinreichendem Umfang wieder zu ermöglichen.“

Hier also liegt des Pudels Kern. Wagt ihr, was das heißt: „Rentable Verwendung von Arbeitskraft?“ Das bedeutet das Streben nach Hungerlöhnen, die noch unter dem jetzigen Minimum liegen sollen. Und so erklärt sich auch das erbitterte Wettern gegen jede staatliche Einmischung im Wirtschaftsleben. Arbeitslosenversicherung, Schlichtungsstellen und Arbeitsrecht sind den Herren ein Dorn im Auge, weil es sie hindert, die heutige Notlage noch viel struppelöser auszuwerten.

Arbeiter, versteht ihr, es ist noch nicht genug, daß jeder vierte oder fünfte Deutsche arbeitslos ist, daß Unzählige verküßt arbeiten, nein, man möchte auch noch stärker an die bestehenden Löhne heran. Und wie soll ein Ausweg aus diesem Dilemma gefunden werden?

Nichts beweist deutlicher die Unfähigkeit der heutigen Privatwirtschaft, als diese Gedankengänge, als die Tatsache, daß man als einzige Möglichkeit, seinen Profit zu erhalten, die immer weiter steigende Not der anderen sieht.

Und ein solches System soll noch wert sein, erhalten zu bleiben? Hören wir, was noch die Commerz- und Privatbank zu sagen hat: „In Deutschland war es vornehmlich das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, das Staats- und Privatwirtschaft vor schwer lösbare Aufgaben stellte. Die sogenannte Rationalisierung der Betriebe hat sich vielfach als Fehlschlag ausgewirkt. Erhebliche Mittel wurden zur Vergrößerung und Verbesserung der Betriebsrichtungen aufgewendet, ohne daß durch entsprechende Absatzförderung daraus hätte Nutzen gezogen werden können.“

Also, hier ist es klar ausgedrückt: die Rationalisierung kann nur von Nutzen sein, wenn die Konsumkraft ansteigt, das heißt, Löhne und Gehälter höher werden und damit die Nachfrage nach allen Produkten in die Höhe schießt, was zu beweisen war. Da diese Erkenntnis aber stets mit den Interessen der Privat- und Profitwirtschaft nicht in Einklang zu bringen ist, hat der Staat die Pflicht, einzugreifen. Denn wer bestreitet, daß der 14. September eine Folge der wirtschaftlichen Lage war? Niemand. Nun bestreitet aber die Wirtschaft sich wieder über die verheerenden Folgen dieser politischen Entscheidung, die ja in der wirtschaftlichen Lage begründet ist. Die Wirtschaft ist somit unfähig, allein ihre Geschicke zu meistern, und der Staat hat die verdamnte Pflicht, nicht nur seine alten Rechte im wirtschaftlichen Leben zu behaupten, sondern darüber hinaus dem franken Privatwirtschaftsfeind, wenn notwendig mit Gewalt, Einschränkungen zu geben, die ihn wieder zur Besinnung kommen lassen. Welsehlt wird der Patient trotzdem bald sterben, aber die Tobezugungen sollen im Interesse der diesmal gar nicht trauernden Hinterbliebenen doch möglichst gefahrlos verlaufen.

Karl Moeller.

Ein Ausschnitt aus der Entwicklung der Aktiengesellschaften

Die der kapitalistischen Marktwirtschaft am besten angepaßte Unternehmensform ist die Aktiengesellschaft. Im Gegensatz zu der Einzelirma, der Genossenschaft, der G. m. b. H. oder der alten bergmännischen Gewerkschaft ist sie eine reine Kapitalgesellschaft. Der Mitbesteller an der Aktiengesellschaft, der Aktionär, geht kein andres Risiko ein, als bei der Liquidation des Unternehmens den für den Erwerb der Aktie ausgeworfenen Geldbetrag zu verlieren. Er übernimmt für die von dem liquidierten Unternehmen noch zu deckenden Verbindlichkeiten keine Haftung mit seinem persönlichen Eigentum. Das unterscheidet die Aktiengesellschaft grundlegend von den anderen Unternehmensformen, die alle mehr den Charakter von Personengesellschaften tragen. Die hier ausgezeigte Abschwächung des Risikos ist der Hauptgrund dafür, daß das Aktienwesen in der modernen Wirtschaft so schnell heimisch geworden ist. Und deshalb sind auch die Vorgänge gerade auf diesem Gebiet als typisch für die Gesamtentwicklung anzusehen.

Die Aktiengesellschaft ist, wiederum wegen ihres Charakters als reine Kapitalgesellschaft, zu erhöhter Publizität verpflichtet. Nicht nur, daß, wie auch bei allen anderen Unternehmensformen, Gründung und Auflösung im Handelsregister vermerkt werden müssen, sondern auch die mindestens einmal jährlich vorzunehmende Bilanzaufstellung zu veröffentlichen, ist ihr gesetzlich zur Pflicht gemacht. Diesem Umstand ist es in erster Linie zuzuschreiben, daß die Statistik über die deutschen Aktiengesellschaften ziemlich lückenhaft ist. Vor kurzem hat das Statistische Reichsamt in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ die Ergebnisse für das Jahr 1930 veröffentlicht. Auf das dort dargebotene Zahlenmaterial stützen sich auch die hier folgenden Betrachtungen.

Zunächst einige Zahlen über die Zahl der in Deutschland vorhandenen Aktiengesellschaften und das ihnen zur Verfügung stehende Nominalkapital sowie über das auf die einzelne Gesellschaft entfallende Durchschnittskapital. Es waren jedesmal am Jahresanfang vorhanden:

Jahr der Aktien-gesellschaften	Gesamtes Nominalkapital Mill. M.	Durchschnittskapital Mill. M.
1926	13 010	1,5
1927	12 343	1,7
1928	11 986	1,8
1929	11 980	2,0
1930	11 344	2,1
1931	10 970	2,2

Vorstehende Statistik zeigt mit aller Deutlichkeit, daß seit Anfang 1926 die Zahl der in Deutschland vorhandenen Aktiengesellschaften beständig gesunken ist. So zählten wir zu Beginn dieses Jahres 374 Aktiengesellschaften weniger als Anfang des vergangenen Jahres. Gegenüber dem 1. Januar 1926 betrug das Weniger 3040 Gesellschaften. In direkt umgekehrter Richtung verläuft die Kurve, die uns angeht, mit welcher Kapitalmacht die vorhandenen Aktiengesellschaften ausgestattet waren. Mit derselben Steilheit, wie die Zahl der Aktiengesellschaften sank, erhöhte sich das Nominalkapital der weiterexistierenden. Aus vorstehender Tabelle geht hervor, daß zu Jahresbeginn 1930 das Nominalkapital aller deutschen Aktiengesellschaften um 461 Millionen Mark größer war als am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres und gegenüber dem Stande am Jahresbeginn 1926 eine Erhöhung des Nominalkapitals um über 5 Milliarden Mark festzustellen hat. Die entgegengesetzt verlaufenden Kurven zwischen der Zahl der vorhandenen Aktiengesellschaften und des ihnen zur Verfügung stehenden Kapitals bedingen die stetige Erhöhung des Durchschnittskapitals. Dieses stieg von 1,5 Millionen Mark zu Anfang 1926 auf 2,1 Millionen Mark am 1. Januar 1930 und dann auf 2,2 Millionen Mark zu Beginn des jetzt laufenden Jahres. Was sagt uns diese Entwicklung? Sie ist ein durch unanfechtbares Zahlenmaterial unterbauter Beweis dafür, daß auf dem Gebiet des Aktienwesens das Großunternehmen immer mehr an Ausdehnung gewinnt, während die kleinen und mittleren Unternehmen an Bedeutung zurückgehen.

Folgende Zahlentafel erhebt diesen Tatbestand noch deutlicher. In ihr ist der zahlenmäßige und kapitalmäßige Anteil der einzelnen Größenklassen an der Gesamtzahl aller Aktiengesellschaften dargestellt. Dabei sind die Aktien-gesellschaften in kleine, mittlere und große eingeteilt. Zur

Gruppe der kleinen Aktiengesellschaften gehören solche mit einem Nominalkapital bis zu einer halben Million Mark; die mit einem Kapital von 0,5 bis 5 Millionen Mark ausgestatteten bilden die Gruppe der mittelgroßen, und die Gesellschaften mit mehr als 5 Millionen Mark Nominalkapital zählen zu den großen. Wie gestaltet sich das Verhältnis der einzelnen Größenklassen zueinander? Hierfür liegen Zahlen nur seit 1928 vor. Es betrug jedesmal am Jahresbeginn die Zahl der

	1928	1931
kleinen Aktiengesellschaften	7 408	6 437
mittleren Aktiengesellschaften	3 860	3 751
großen Aktiengesellschaften	698	782
Gesamtzahl	11 966	10 970

Wir sehen, daß innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren die Zahl der kleinen Aktiengesellschaften um 961 und die der mittelgroßen Gesellschaften um 109 zurückgegangen ist. Die Zahl der großen Aktiengesellschaften hingegen ist im gleichen Zeitraum um 84 gestiegen. Der Anteil der kleinen an der Gesamtzahl aller in Deutschland vorhandenen Aktiengesellschaften sank damit von 62 auf 59 Proz., der Anteil der mittleren und der großen Gesellschaften hingegen zeigt eine leichte Steigerung. Aber es kommt nicht auf die Zahl der in jeder Größenklasse vorhandenen Gesellschaften an; viel besser wird die Gewichtsverlagerung durch die Verschiebungen der Kapitalmacht geteichnet. Es betrug, jedesmal am Jahresanfang, das Nominalkapital der

	1928	1931
	Millionen Mark	
kleinen Aktiengesellschaften	987	925
mittleren Aktiengesellschaften	5 768	5 822
großen Aktiengesellschaften	14 787	17 642
Insgesamt	21 542	24 189

Auch hieraus spricht der Nachschuß der großen Gesellschaften. Ihr Anteil am Gesamtkapital aller deutschen Aktiengesellschaften stieg während der letzten drei Jahre von 68 auf 73 Proz. Der Anteil der mittleren Gesellschaften fiel im gleichen Zeitraum von 27 auf 23 Proz., und der Anteil der kleinen am Gesamtkapital sank von 5 auf 4 Proz.

Der sich in diesen Zahlen wiederpiegelnde Konzentrationsprozeß wirkt auf das soziale Leben in doppelter Richtung. Die selbständigen Existenzen verschwinden immer mehr. Sie sinken ins Proletariat hinab. Auf der anderen Seite hält sich immer mehr wirtschaftliche Macht in immer weniger Händen zusammen. Der weinfröhliche Sänger Viktor Schffel läßt in seinem Gpos „Der Trompeter von Sättlingen“ den nimmermüden Wanderer an Rheinesstrand beobachten, wie es einem Mal ergeht, der, „wunderschönlich Gewürme mit Behagen dort verschlang“. Es kommt nämlich eine Storchfamilie und verzehrt mit demselben Genuß ihn, „der so das Strandrecht an der kleinen Tierwelt übte“. An dieses Erlebnis knüpft der Spötter Schffel die philosophische Betrachtung:

Denn der Große frißt den Kleinen,
Und der Größte frißt den Großen:
Also löst in der Natur sich
Einfach die soziale Frage.

So einfach wie in der Natur die Dinge zu liegen scheinen, so kompliziert sind sie im Volks- und Wirtschaftsleben. Bevor hier der Kleine vom Großen oder der Große vom Größten verfrisst wird, protestiert er dagegen. Er wählt politische Parteien, die ihm versprechen, seine wirtschaftliche Selbständigkeit zu erhalten oder sie ihm zurückzugeben. Freilich werden derartige Versprechen nicht eingelöst, aber die, die auf sie hereinfallen, machen Wirtschaft und Politik erst einmal Sorgen und vergönnen das Chaos. Hier mag der Hinweis auf den 14. September des vergangenen Jahres genügen.

Nun einige Worte zu der Entwicklung im Vertriebs-fähigkeits-gewerbe. Aber die hier vorhandenen Aktiengesellschaften und das Nominalkapital, über das diese verfügten, unterrichtet folgende Tabelle:

Jahresanfang	Zahl der Aktien-gesellschaften	Nominalkapital in Mill. M.
1927	214	119
1928	207	107
1929	208	114
1930	166	96
1931	170	104

Abweichend von der in den vorstehenden Abschnitten geschilderten Gesamtentwicklung, zeigt diese Zahlentafel ein Abwinken des Nominalkapitals. Die Entwicklung der Zahl der Unternehmungen aber läuft, von einigen Unterbrechungen abgesehen, der Entwicklung in der Gesamtwirtschaft parallel. So sank von Anfang 1926 bis zum Jahresbeginn 1931 die Zahl der im Vertriebsfähigkeits-gewerbe vorhandenen Aktiengesellschaften von 214 auf 170 oder um 18 Proz. Das Nominalkapital hingegen verminderte sich im gleichen Zeitraum von 119 auf 104 Millionen Mark oder um nur 13 Proz. Dieses Auseinandergehen der beiden Entwicklungskurven zeigt, daß auch im Vertriebsfähigkeitsgewerbe der der kapitalistischen Wirtschaft innewohnende Konzentrationsdrang zur Auswirkung gekommen ist.

Aus der folgenden Tabelle, die die Zahl und die Kapitalmacht der im Vertriebsfähigkeits-gewerbe vorhandenen Aktiengesellschaften nach Größenklassen geordnet wiedergibt, ist der Umfang der Konzentration in diesem Wirtschaftszweig noch deutlicher erkennbar.

Größenklasse: Nominalkapital	Zahl der Akt.-Ges. 1927	1931	Def. 1927	Nominalkap. 1931
bis 5 000 000 M.	5	2	0,03	0,01
von 5 000 000 bis 50 000 000 M.	20	18	0,18	0,41
von 50 000 000 bis 100 000 000 M.	23	28	1,50	1,00
von 100 000 000 bis 500 000 000 M.	80	73	17,50	17,00
von 500 000 000 bis 1 000 000 000 M.	27	27	17,50	17,00
von 1 000 000 000 bis 5 000 000 000 M.	2	2	68,00	52,00
5 000 000 000 und mehr	1	2	6,00	16,00
Zusammen	207	170	107,01	104,02

Wir sehen, von 1927 bis 1931 sank die Zahl der kleinen Gesellschaften (bis 5000 M. Nominalkapital) von fünf auf zwei. In der zweiten Größenklasse, die die Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 5000 bis 50 000 M. umfaßt, verminderte sich die Zahl der vorhandenen Gesellschaften vor 30 auf 18. In der dann folgenden Gruppe (Nominalkapital von 100 000 bis 500 000 M.) beträgt der Rückgang 12, und in der Größenklasse von einer halben bis zu einer ganzen Million ist keine Veränderung eingetreten. Dann kommt wieder ein Rückgang um sieben bei den Gesellschaften, die mit einem Nominalkapital von einer bis 5 Millionen Mark ausgestattet sind. Der einzige Zuwachs entfällt auf die im Vertriebsfähigkeitsgewerbe vorhandenen Großunternehmen mit einem Aktienkapital von mehr als 5 Millionen Mark. Deren Zahl ist von 1927 bis 1931 von einer auf drei und ihre Kapitalmacht von 5 auf 16 Millionen Mark gestiegen.

Die Zahl derer, die über nichts weiter verfügen als ihre Arbeitskraft, von deren Verkauf sie leben, wächst ständig. Dem Aufstieg zum selbständigen Unternehmer stellt sich die infolge der Konzentration erstarkte Macht der Kleinunternehmen in den Weg. Es gibt nur bei einem Weg des Aufstiegs, und das ist die gewerkschaftliche Zusammenfassung der Masse.

Die Gewerkschaften in Spanien

Am Sturz der Monarchie in Spanien hat die Arbeiterbewegung keinen geringen Anteil. Das hat seinen guten Grund; denn die spanische Arbeiterchaft hat am meisten unter der politischen und wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes zu leiden. Sie ist an einem Wandel der Dinge am stärksten interessiert. Arbeitslosigkeit, Teuerung, furchterlicher Steuerdruck und ein unangbares Lohnelend, haben das Proletariat förmlich zum Kampf gegen das alte Regime gezwungen und mobilisiert. Die Gewerkschaftsführer haben daher im Verlauf der politischen Kämpfe wiederholt ganz offen erklärt, daß ein Sturz der Dynastie unvermeidlich sei. Nur eine politische Neuorganisation des Landes bot Chancen für eine Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse.

Die Dynastie hatte abgewirtschaftet. Trotz furchterlicher Steuerdrucks war die öffentliche Schuld unheimlich angewachsen. Die Baluta hatte sich bedenklich verschlechtert. Die spanische Industrie war von einer anscheinend unheilbaren Krise heimgesucht, und in der Landwirtschaft war die Lage infolge feudaler-unpolitischer Besitzverhältnisse unhaltbar geworden. Auch eine produktivere Gestaltung der Landwirtschaft war nur möglich durch eine Neuordnung im landwirtschaftlichen Besitz und Betrieb. Auf die 600 Eigentümer der höchsten Klasse (über 3000 Hektar) entfielen 94 Millionen Hektar, gegenüber nur 0,3 Millionen Hektar, in die sich die rund 600 000 Eigentümer der untersten Besitzklasse (unter einem Hektar) teilten. Die Latifundien, die im Süden fast halbe Provinzen einnehmen, werden aber nur sehr extensiv bewirtschaftet. Die Klein- und Zwergbetriebe des Nordwestens, vor allem Galiciens, sind aus Mangel an Betriebsmitteln erst recht rückständig. Die Armut der Landarbeiter ist gruslich. Die Auswanderung rekrutiert sich in erster Linie aus dem Landproletariat, aus Landarbeitern, Kleinpächtern und Kleinbauern.

Die Industrie ist in Spanien, einem ausgeprägten Agrarland, bis jetzt noch verhältnismäßig schwach entwickelt. Sie hat ihren Sitz hauptsächlich im Norden, in und um Barcelona, wo Textilgewerbe, Chemie und Maschinenindustrie zu Hause sind, im Kohlengebiet von Asturien und in den baskischen Provinzen, wo Schwerindustrie und Schiffbau ansäßig sind. Von der gesamten spanischen Industriebeschäftigung entfällt mehr als ein Viertel allein auf Katalonien, und die dort hauptsächlich ansäßige Textilindustrie steht mit knapp einem Viertel aller Beschäftigten an der Spitze der spanischen Industrie. Nach der Arbeiterzahl folgt der Textilindustrie das Baugewerbe (18,5 Proz.), die Metallindustrie (10,8 Proz.), die Nahrungsmittelindustrie (10,1 Proz.) und der Bergbau einschließlich der Werften (8,2 Proz.).

Die gewerkschaftliche Organisationsarbeit hat in Spanien mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Das Haupthindernis liegt, wenn man von den wirtschaftlichen Hemmnissen und Hindernissen abliest, in dem großen Analphabetentum. Noch 1910 konnten 60 Proz. der Bevölkerung weder lesen noch schreiben. In diesem Verhältnis hat sich bis heute nicht viel geändert. Die Auswanderung, vor allem nach dem lateinischen Amerika, raubt der Arbeiterbewegung immer wieder die aktivsten Elemente. Angesichts der zahllosen und enormen Schwierigkeiten hat sich die „Union General de Trabajadores“, der spanische freie Gewerkschaftsbund, seit der Gründung im Jahre 1889 gut entwickelt. Die spanische Gewerkschaftsbewegung gehört zu den hoffnungsreichsten Gliedern des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Obwohl die Union in ihrer Mitgliederzahl nur etwa ein Prozent der Bevölkerung — etwa 225 000 — ausmacht, übt sie im öffentlichen Leben beachtenswerten Einfluß aus. Sie vertritt die Arbeiterchaft im Nationalen Arbeitsrat sowie in dem Zentralausschuß für die Einbeziehung von gemäßigten gewerkschaftlichen Schlichtungsinstanzen. Zwischen dem Gewerkschaftsbund und der sozialistischen Partei bestehen seit jeher enge Beziehungen, wenn auch seit 1902 die Zugehörigkeit zum Bund nicht mehr zugleich die Parteimitgliedschaft bedeutet. Lange Zeit war das Parteiblatt „El Socialista“ auch das offizielle Gewerkschaftsorgan. Neuerdings gibt die Union eine eigene Monatschrift „Bolein“ heraus. Die spanische Gewerkschaftsbewegung ruht auf sehr lofer demokratischer Grundlage. Ihre organisierte Hauptaufgabe besteht in der Konzentration zu nationalen Berufs- oder Industrieverbänden. Auf dem spanischen Gewerkschaftskongreß von 1928 war eine Vor-

lage angenommen worden, die die Gründung von 34 Syndikatsverbänden vorsieht, die sich aus regionalen, provinziellen, bezirklichen oder örtlichen Fach- oder Industrie-sektionen zusammensetzen sollen. Vor etwa Jahresfrist haben verschiedene Konferenzen stattgefunden, die zur Gründung von fünf weiteren Landesföderationen führten. 13 bestanden bereits. Die wichtigsten sind die der Bauarbeiter mit 35 000, der Landarbeiter mit rund 27 000, der Bergarbeiter mit 25 000, der Metallarbeiter mit 14 000 und der Eisenbahner mit 12 000 Mitgliedern. Dazu kommen noch die Föderationen der Holzarbeiter, Friseur, Hakenarbeiter und Seelente.

Die Kinderkrankheit der spanischen Gewerkschaftsbewegung war der Anarcho-syndikalismus. Während des Krieges erlebte der Syndikalismus vorübergehend einen neuen Aufschwung. Die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften ging damals von 147 129 auf 89 601 um die Mitte des Jahres 1918 zurück. Mit dem Abflauen der Kriegskonjunktur verschwanden auch die syndikalistischen „Einheitsverbände“. Ihr einziger Erfolg bestand darin, daß sie die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Entwicklung zurückgeworfen hatte. In jüngster Zeit ist die anarcho-syndikalistische „Confederación Nacional de Trabajo“ unter kommunistischen Einfluß geraten und dazu übergegangen, ähnlich wie in anderen Ländern in den „reformistischen“, d. h. freien Gewerkschaften Zellen zu bauen, um auf diese Weise innerhalb der Verbände wirken zu können.

Moskau wird sich kaum die Gelegenheit entgehen lassen, um mit Hilfe von besonderen Sendboten nach berücksichtigtem Muster auch in Spanien die Revolution „weiterzutreiben“. Die freie Gewerkschaftsbewegung in Spanien wird sehr auf der Hut sein müssen. Sie steht wie die Gewerkschaften nach dem Kriege in Deutschland zwischen zwei Feuern: zwischen bolschewistischer Schwarmgeisterei und bürgerlicher Demokratie, hinter deren Republikanismus oft nur sozialreaktionäres Spießertum steckt. Auch die spanische Gewerkschaftsbewegung wird zunächst nichts anderes tun können, als mitzuarbeiten bei dem Versuch, der wirtschaftlichen Kräftensaltung des Landes einen neuen Weg zu bahnen und damit die Massennot der Arbeitslosigkeit einzudämmen, damit nach einer gewissen wirtschaftlichen Stabilisierung der Kampf gegen das unerhörte Lohnelend aufgenommen werden kann. Aus den vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlichten Reallohnvergleichen ist ersichtlich, daß in Spanien mit die niedrigsten Löhne (sowohl nach dem Geldwert wie nach der Kaufkraft) gezahlt werden. Arbeitslosenunterstützung existiert praktisch so gut wie gar nicht, obwohl sehr umfangreiche Arbeiterentlastungen nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft erfolgt sind. Der spanische Gewerkschaftsbund hat also, wie man sieht, eine mehr als schwierige Aufgabe zu meistern.

Berufserkrankungen

Die verschärften Konkurrenzverhältnisse in der Nachkriegszeit haben allgemein die Rücksichtslosigkeit im Drang nach höchster Ausnutzung aus den in Unternehmungen festgelegten Kapitalanlagen erheblich gesteigert.

Infolge dieses gesteigerten Profitstrebens werden in den Buchdruckerbetrieben teilweise Betriebsstoffe verwendet, die als Grundstoff selbst oder in ihrer Zusammenfassung gesundheitsgefährdende Einflüsse auf Personen, die durch ihre Berufstätigkeit getrieben sind, mit diesen Betriebsmitteln zu hantieren, ausüben können. So haben wir im Buchdruckgewerbe in der Nachkriegszeit in stark erhöhtem Maße Hauterkrankungen zu verzeichnen, die unbestreitbar Folgen der Handlung mit Kleister und petroleumsaltigen Formen- und Walzenwaschmitteln sind.

Die Zunahme solcher Ekzemerkrankungen, teils schwerer Art, hat im Laufe des vergangenen Jahres in Leipzig wiederholt zu Besprechungen geführt, an denen Vertreter der Krankenkasse, der Berufsgenossenschaft, der graphischen Gewerkschaften und Vertreter von Hersteller- und Ver-



Sechzig Jahre Verbandsmitglied



August Stein in Leipzig
Eingetreten: 11. April 1871 — Jetzt Invalide

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Wilhelm Lüdecke in Leipzig
Eingetreten: 23. April 1881
Jetzt Invalide



Gustav Schäfer in Baunach
Eingetreten: 24. April 1881
Jetzt Invalide



braucherfirmen sowie auch einige an der Bekämpfung der Hauterkrankungen besonders interessierte Ärzte teilgenommen haben. In den Aussprachen wurde besonders auch den Vertretern der Verbraucherformen dargelegt, daß in dem Bestreben, die Betriebsstoffe, mit denen die Berufstätigen zu arbeiten gezwungen sind, so herzustellen, daß sie Gesundheitsgefahren möglichst auszuschließen, nicht nur eine selbstverständliche menschliche Verpflichtung liegt, sondern daß das Verlangen weit mehr eine Rentabilitätsfrage für den Betrieb sei. Denn der berufstätige Arbeiter, der fortgesetzt in dem Bewußtsein seine Arbeit verrichtet, daß die Betriebsmittel, mit denen er hantiert, ihm gesundheits-schädlich werden können, wird eben nicht so frei und un-

gehindert arbeiten wie der Arbeiter, der die Befürchtung nicht zu haben braucht. Die Folge davon ist eine nicht gewollte, aber doch tatsächlich eintretende Beeinträchtigung des Arbeitsergebnisses. Einmütig wurde von allen Vertretern anerkannt, daß in dem Bestreben, die Gesundheitsgefahren aus der Berufsausübung zu bekämpfen, eine sozialpolitische Verpflichtung und zugleich ein sozialpolitisches und volkswirtschaftliches Interesse vereinigt sei, und daß deshalb die Bemühungen, sowohl in der Bekämpfung der Gesundheitsgefahren als auch im Hinblick auf die Ausdehnung des gesetzlichen Schutzes bis zur Opfer ihrer Berufstätigkeit mit allen Mitteln fortgesetzt werden müssen.

Erfreulicherweise werden unsere Bemühungen, den Herd der Berufserkrankungen einzudämmen und entstandene Berufsschäden zu mildern, von einigen Ärzten in anerkennenswertem Maße unterstützt durch die Veranbarung der Erkrankten, durch die Sammlung von Material zum Zweck des Nachweises, daß der Kreis der entzündungspflichtigen Berufserkrankungen erweitert werden muß, und durch Veröffentlichungen, in denen von medizinischen Gesichtspunkten unsere Bestrebungen unterstreut werden können.

Wir machen daher in Nachfolge von der Genehmigung zum Abdruck eines in der „Medizinischen Welt“ Nr. 12/31 erschienenen Aufsatzes von einem der uns tatkräftig unterstützenden Ärzte, Herrn Dr. Abelsohn, Facharzt für Hautkrankheiten (Leipzig), gern Gebrauch.

Entstehung und Bedeutung der gewerblichen Ekzeme der Buchdrucker und graphischen Hilfsarbeiter

Außer der Kleisterentzündung sind die Hautkrankheiten die wichtigste Berufserkrankung der Buchdrucker. Sie sind außerordentlich verbreitet und befallen sowohl die Buchdrucker selbst als auch das Hilfspersonal. Es sind Erkrankungen ekzematöser Art. Sie treten meistens zuerst als gerötete, stark juckende Bläschen auf, die später zu zusammenhängenden, derb infiltrierten Flächen konfluieren. Von den Händen, dem üblichen Anfangsgebiet der Affektion, breiten sich die Ekzeme weiter aus, auf die Unterarme, aber auch bis zu den Achselhöhlen. Man findet sogar am Stamm und an den Füßen noch ekzematöse Herde. Die Ursache der Ekzeme ist eine verschiedene, je nachdem es sich um Buchdrucker oder graphische Hilfsarbeiter handelt. Am wichtigsten erscheint mir die Frage des Waschöls. Während früher meist reines Benzin verbraucht wurde, verwendet man jetzt häufig Mischungen von Benzol. Man nimmt das Benzol zum Reinigen der Formen, zum Säubern der Wischlappen usw. Und allgemein wird von den Erkrankten behauptet, daß sie die gleichen Arbeiten beim Gebrauch von reinem Benzin unbeschadet ausführen konnten, während sie jetzt, nach Gebrauch von Benzolgemischen, erkranken.

Auch der jetzt vielfach verwandte Kunstkleister ist häufig eine Ursache der Ekzeme. Früher nahm man nur den reinen Weizenkleister. Jetzt, nach Anwendung des Kunstkleisters, zeigen sich auf den Handstellen, auf die der Kleister aufgetragen wird, ekzematöse Erscheinungen. Ein Patient, der wegen eines solchen Kunstkleisterexzems zu mir kam, wurde nie mehr davon befallen, nachdem ihm vom Betrieb entgegenkommenderweise wieder reiner Weizenkleister zur Verfügung gestellt wurde.

Die Therapie führt meistens dann schnell zum Ziel, wenn man der Haut das schädigende Agens fernhält. Wichtigster aber als die momentane Heilung ist die Ursache zu beseitigen. Aus sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen muß bringen dagegen fähig gearbeitet werden, daß nur ein unschädliches Waschöl und ein nicht irritierender Kleister verwandt wird. Solange diese Forderung nicht erfüllbar ist und soweit es sich um unheilbare Ekzeme handelt, muß Theorie und Praxis der Unfallgenossenschaften und Versicherungsämter grundlegend geändert werden. Eigentümlicherweise gehören nämlich diese Gewerbeekzeme wohl zu den anerkannten Gewerbeerkrankungen, nicht aber zu den entzündungspflichtigen. Zum Beispiel wenn ein Buch-

Fachtechnische Schülerarbeiten

Schülerarbeiten 1930/31 der IV. Knabenberufsschule in Dresden

Die Schulleitung hat der Fachwelt wiederum eine Mappe mit Schülerarbeiten aus den Lehrwerkstätten für das Druckgewerbe (Setzer und Drucker) und ferner zum ersten Male auch Arbeiten aus den graphischen Klassen (Steindrucker, Lithographen, Chemigraphen und Reproduktionsphotographen) übergeben in der Absicht, durch eine sachliche Kritik neue Anregungen für die Fachklassen zu erhalten. Diese Einstellung muß anerkannt werden, denn daraus kann man wohl den Schluß ziehen, daß die Schulleitung neugierig eingestuft und beweglich ist. Wenn wir uns auch bewußt sind, daß in die Mappe nur die besten und reifsten Arbeiten Aufnahme gefunden haben, so soll doch nicht verkannt werden, daß dieses Bestreben dem Zug der Zeit entspricht und man Spitzeneleistungen zeigen muß, um den Erfolg zu sichern. Bei der Auswahl der Arbeiten ist man nicht nur sehr vielseitig gewesen, sondern man hat sich erkenntlichweise dabei recht der täglichen Praxis angepaßt. Das ist sehr gut, denn der Nachwuchs soll ja in der Schule Gelegenheit haben, alles das, was die Meisterlehre nicht geben kann, hinzuzulernen. Dabei kommt es mehr auf das rein handwerkliche als kunstgewerbliche Moment an. Der Werksatz ist in allen Variationen — einschließlichs des mathematischen Satzes — behandelt worden. Bei einigen Zeiten läßt allerdings der Schöpfpegel zu wünschen übrig und auch die gezeichneten Initialen sind nicht ganz gelungen. Im übrigen ist aber die Technik des Werksatzes recht gut gelungenen Beispielen in alter und neuer Sachmanier ge-

zeigt. Auch der Akzidenzsaß weist eine ausgereifte Gesamtkultur auf. Als eine Lücke muß man es aber bezeichnen, daß den Geschäftsdrucksachen (Briefbogen, Geschäftsformulare, Briefumschlag) in bezug auf Normung nicht die nötige Beachtung geschenkt worden ist. Besondere Erwähnung verdient noch der Finfarbener-Buchdruck und der Duplicatdruck von einer Platte. Geist und Methode der Schule sind gesund; mögen ihr noch weitere Erfolge beschieden sein zum Segen des Nachwuchses.

Schülerarbeiten 1930/31 der Städtischen Handwerker- und Gewerbeschule in Zittau

Aus dem Geleitwort des Leiters der Schule, Oberstudienrat Georg Friedemann, ist zu entnehmen, daß Ostern 1930 Teile der Schule einen Neubau bezogen haben, so daß nimmere wenigstens der theoretische Unterricht der Buchdrucker in dem Neubau stattfinden konnte. Der berufstüchtliche und der Schulwerkstattbetrieb dagegen mußte noch in den alten Räumen des 1886 erbauten Gymnasiums abgehalten werden. Ein von den Schülern selbst verarbeiteter Sinnpruch besagt: „Was einem Hause Wert verleiht, das ist das Leben darin.“ Das das Leben darin ein fröhliches, lebensreiches und fruchtbares war, wird durch die vorliegenden Schülerarbeiten, die bereits das 20. Mal der Öffentlichkeit unterbreitet werden, vollumfänglich bestätigt. Trotzdem die Arbeiten in ihrer Gesamtheit recht gut ausgefallen sind und von Fleiß und Berufsliebe das beste Zeugnis ablegen, möchten wir im Interesse der Schule doch darauf hinweisen, daß die Grundlage jedes Setzers der Werksatz sein muß und daß auf diesem Gebiete deshalb hätte mehr geleistet werden müssen. Auch der Tabellensatz und der Titelsatz ist vernachlässigt worden. Es liegen hierfür wenigstens keine Arbeits-

muster vor. Besondere Sorgfalt ist der „Akzidenz“ im allgemeinen gewidmet worden, und man kann sich über die Vielseitigkeit und über den darin zum Ausdruck kommenden Gesinnungsinn nur freuen. Allerdings vermischen wir bei den Geschäftsdrucksachen die Beachtung der Normvorschriften. Dieses Gebiet ist heutzutage so wichtig, daß ihn für die Zukunft mehr Rechnung getragen werden muß. Die zur Verfügung stehenden Schriften sind ihrer Eigenart entsprechend individuell und zum Teil sehr geschickt verwendet worden. Aberhaupt kann man sagen, daß die Arbeiten eine reiche Fülle gutdurchdachter Ideen aufweisen und daß die moderne Typographie verständnisvoll gepflegt worden ist. Die Schulleitung kann mit Befriedigung auf das Gesamtergebnis blicken.

25 Jahre Berufsschule für Buchdrucker in München

Nach 25jähriger Tätigkeit einer Lehranfänger ist es verständlich, wenn die Schulleitung die Gelegenheit benützt, über Entstehung, Geschichte und Entwicklung der Schule den interessierten Kreisen einen Überblick zu geben. Dieser dankenswerten Aufgabe hat sich der Leiter der Schule, Direktor Popp, der der Schule seit ihrer Gründung angehört, in eindringlicher Weise durch den außer und geschmackvoll von den Schülern gestellten und gedruckten Jubiläumssbericht entledigt. Wir wollen versuchen, allgemein Interessierten aus dem Bericht wiederzugeben. Die Schule verdankt ihre Entstehung einer gemeinsamen Beratung von Vertretern der Schulbehörde und des Gewerbes am 1. Februar 1905, bei der beschlossen wurde, eine Lehrlingschule ins Leben zu rufen. Die Bereitstellung der Einrichtung für die Lehrwerkstätten wurde zum großen Teil vom Verein Münchner Buchdruckerbetriebe übernommen. Die Durchführung, Ein-

drucker von einem chronischen rezidivierenden Elzem befallen ist und nur durch Berufswechsel geheilt werden kann, bekommt er keine Übergangrente. Auch bei nachgewiesenen Gewerbesozialen, die trotz Berufswechsels jeder Behandlung trotzen und die Arbeitsfähigkeit des Erkrankten dauernd herabsetzen, kommt keine Rente in Frage. Auch der Unternehmer hat Interesse an der Änderung dieses Zustandes. Auch er hat natürlich einen Schaden, denn die Arbeitsleistung eines Erkrankten ist geringer, zumal es sich vorwiegend um Erkrankungen der Hand handelt. Bei der völligen Arbeitslosigkeit, eine entsprechende Rente zu bekommen, muß sich jeder Buchdrucker usw. sträuben, den erlernten und liebgewordenen Beruf zu wechseln, selbst wenn — wie in normalen Zeiten — eine Möglichkeit vorhanden ist. Denn der Wechsel vom erlernten zu einem ungelerneten Beruf ist immer mit einer Minderung des Einkommens verknüpft. Als Ausgleich für diese durch Berufslosigkeit hervorgerufene Einbuße muß eine Rente gewährt werden; denn mit der Anerkennung als Berufslosigkeit allein ist dem Geschädigten nicht geholfen. Zwei Forderungen sind also zu stellen:

1. Es dürfen möglichst nur unfähigkeits Betriebsmittel verwandt werden (auch Interesse der Arbeitgeber, f. o.).
2. Die Gewerbesoziale der Buchdrucker müssen als rentenfähig anerkannt werden.

Korrespondenzen

Braunschweig. Unsere Bezirks-Hauptversammlung fand am 15. Februar statt. Unter „Geschäftlichem“ wurden zwei Neuaufnahmen erledigt. Für den Kassenerbericht vom vierten Quartal 1930 wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Bericht über das Geschäftsjahr 1930 gab Kollege Neuberger. Ein Rückblick auf das vergangene Jahr gab kein erfreuliches Bild. Die Steigerung der Mitgliedszahl von 751 auf 787 vermehrte noch das Arbeitslosensever. Durchschnittlich waren 84 Mitglieder das ganze Jahr hindurch ohne Arbeit. Die überflüssigkeitsstatistik weist ein befriedigendes Resultat auf. In der folgenden Aussprache wurde an der Arbeit des Vorstandes keine Kritik geübt. Im Anschluß hieran erfolgte die Auffüllung der Kandidatenliste zur Vorstandswahl sowie die Wahl der Bibliothekare und der Vergütungskommission. Ein Antrag, das Jahresfest in diesem Jahr ausfallen zu lassen, verfiel der Ablehnung, während dem Antrag der Vergütungskommission, das Jahresfest in der „Wiese“ stattfinden zu lassen, zugestimmt wurde. Die anwesenden arbeitslosen Kollegen erhielten je eine Mark Zehrgeld.

Hannover. Am 29. März fand die außerordentlich gut besuchte Generalversammlung des Lokalvereins statt. Nach Erledigung der dringlichen Mitteilungen erstattete Vorsitzender Li e den Jahresbericht. Beim dieser Bericht einen breiteren Raum einnahm, als es in früheren Jahren der Fall war, so war dieses einmal notwendig wegen der ungewöhnlich schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit, der sonstigen Probleme, wie Arbeitszeitverkürzung, der Lohnabbau usw., Dinge, die die Arbeit des Vorstandes in ganz erheblichem Maße in Anspruch nahmen. Aber auch zwei Anträge, gestellt von den Kollegen Lundenbach und Seibert, die verlangten, daß der Vorkassierer des besetzten Ortsvereinsvorsitzenden und des Gauvorsitzers befristet würden und diese Funktionen im Nebenamt ausgeübt würden, zuzugewandt zu einer eingehenden Darlegung der Arbeiten, wie sie von den Funktionären verlangt und geleistet werden. Diese Anträge sollten erkennen, wie wenig Kenntnis die Antragsteller von den von einer modernen Gewerkschaft zu leistenden Arbeiten haben. Der Kassenerbericht, vom Kollegen Schardt gegeben, schloß mit einer Unterbreitung von 3000 M. ab, verursacht durch die große Arbeitslosigkeit und die hohe Frequenz der Zahlstelle durch die reisenden Kollegen. In fast 2000 Durchreisende wurde das Ortsgebiet ausgezählt. Eine rege Aussprache schloß sich an die Berichte, und es waren hauptsächlich die kommenden in Aussicht stehenden Probleme, die die Redner behandeln. Während Kollege Seibert seinen Antrag zurückzog, wurde der Antrag Lundenbach, der die Aufhebung des besetzten Gauvorsitzers verlangte, als nicht zur Zuständigkeit des Lokalvereins gehörig durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

richtung und Ausbau lagen hauptsächlich in der Hand des Studienrats Reinhold Bammes, eines früheren Schriftsehers, der sich im Verein mit dem Studenten Anton Krach dieser Aufgabe gut entledigte. Die Berufsschule für Buchdrucker in München ist eine städtische Schule und ein Teil der großartigen Berufsschule im Gewerbemuseum Franzstraße 2. Sie umfaßt vier aufsteigende Jahreshklassen. Alle Gelehrer, Drucker, Schriftgießer, Stereotypen- und Galvanoplattenhersteller müssen die Schule auf Grund von Vereinbarungen mit den zuständigen Verbänden für die ganze Dauer ihrer Lehrzeit besuchen. Die wöchentliche Unterrichtszeit beträgt in allen Klassen 9 Stunden. Der Lehrplan umfaßt: Religionslehre, deutsche Sprache, Fremdsprachen, Rechnen, Lebens-, Bürger- und Wirtschaftskunde, Zeichen, praktischen Unterricht mit Werkstoff- und Arbeitskunde. Seit Bestehen der Schule galten folgende Grundsätze: Im Mittelpunkt des Unterrichts steht der Beruf, also von Anfang an Einführung des praktischen Unterrichts in eignen, gut ausgestatteten Werkstätten der Schule; der Unterrichtsstoff muß allgemein den beruflichen Bedürfnissen angepaßt werden; nur Tagesunterricht und Pflichtschulung für alle Lehrlinge für die ganze Dauer der Lehrzeit; praktischer Unterricht nur durch hauptsächlich angestellte Fachleute, für deren Auswahl und Anstellung die Berufsvorbände das Vorschlagsrecht haben. Bei Eröffnung der Schule im Jahre 1906/7 waren insgesamt 148 Schüler vorhanden, die auf 10 Klassen verteilt waren. Im Jubiläumsjahr waren es 478 Schüler in 21 Klassen. Auch die Böhmerci ist sehr umfangreich. Sie umfaßt 1929 Bände für die Lehrer und 1054 Bände für die Schüler. Der Gesamtbestand beträgt 5473 Bände. Eine derartige

lebigt. Einstimmige Annahme fand folgende Entschliessung: „Die ordentliche Generalversammlung 1931 des Lokalvereins Hannover nahm Stellung zur verlangten und bitter notwendigen 40-Stunden-Woche. Sie bedauert lebhaft, daß die Träger dieser Forderung den dabei erforderlichen Lohnausgleich und die Forderung auf Zwangseinstellungen mit Kündigungsschutz aller Arbeitnehmer (ohne letztere Bestimmungen wird die 40-Stunden-Woche nicht die notwendige Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bringen) nicht der eigentlichen Forderung gleichsam in den Vordergrund stellen. Sie warnt die Verantwortlichen dringend, Verträge und Gesetze abzuschießen, die die gesamte Arbeiterchaft auf die Stufe des Lumpenproletariats herabdrücken. Überhaupt den Bogen nicht! Jede Gebuld hat einmal ein Ende!“ Nach der Auffstellung der Kandidaten für die Vorstandswahl, die durch Urabstimmung erfolgt, sowie einigen persönlichen Ausprüchen fand die empfangene Versammlung ihren Abschluß.

Kiel. Zu einer Fachschafts- und Lehrerversammlung in der Kieler Konferenz hatte am 2. und 3. April der Gau Schleswig-Holstein geladen. Gauvorsitzer Prill er konnte außer den zwölfjährig erschienenen Fachschaftsmitgliedern und Lehrungsleitern vom Verbandsvorsitzenden den Kollegen Fülle begrüßen und vom Gau Hamburg-Altona die Kollegen Dörbaum, Hoffmann und Suerbier. In seinem Referat führte Kollege Prill aus, daß Fachschaftliche wie Lehrungsabteilung, trotz einiger gesammelter Erfahrungen, doch gewissermaßen Neuland für uns seien. Er wurde deshalb in seinem Referat nicht viel allgemeines besprechen, sondern auf Anregungen aus der Versammlung heraus strittige Punkte klären und Unbekanntes ausführlich behandeln. Besonders besagte er sich mit den neuen Lehrverträgen, die gegenüber den alten ja einen wesentlichen Fortschritt bedeuten, wies dann auf die Vorteile der Sigmund- und Zwischenprüfungen hin und erläuterte auch deren Schattenseiten. In der Frage der Lehrungsüberstunden empfahl er, wenn sie sich nicht ganz und gar vermeiden ließen, an der 100prozentigen Bezahlung festzuhalten und deren Festlegung immer wieder zu fordern, damit endlich eine einheitliche Regelung zustande käme, die im Tarif zu verankern wäre. Von der Hinzuziehung der Fachlehrer zu den Prüfungsausschüssen riet er ab, da bei ihnen erstens eine vollständige berufliche Ausbildung nicht immer vorhanden und zweitens ein gewisses Interesse an dem guten Abschneiden ihrer Zöglinge nicht von der Hand zu weisen sei, wodurch die Unparteilichkeit in Frage gestellt sein könnte. Nach einer regen Diskussion verlangte sich die Versammlung in vorgerückter Abendstunde. Pünktlich 9 Uhr am andern Morgen hielt Kollege Prill das Schlußwort. In der anschließenden Lehrungsleiterkonferenz hielt er einen Vortrag über „Stand und Wirken der Lehrungsabteilung“, den er mit reichem statistischen Material belegte. Dann sprach Kollege Wieland über die Veranstaltungen des Gaus im laufenden Jahr. Es wurde beschlossen, daß je zwei Bezirke ihre Tagungen zusammenlegen sollten, um durch gegenseitiges Besuchen den Lehrlingen fremde Landschaften zu zeigen und sie dabei durch Abhaltung von Besichtigungen und Vorträgen auch technisch weiterzubilden. Die gepaarten Bezirke wurden gleich festgelegt. In der Aussprache über die Zweckmäßigkeit von Ferienreisen wurden diese vom Kollegen Suerbier warm empfohlen, da durch sie das Jungmengenbürgertum gefördert würde und unsere Tagungsfolgen so weniger dem Einfluß extremer politischer Parteien, die unsere Nachwuchs zu gewinnen suchen, unterliegen. Nachdem dem Referenten allseitig der Dank für seine interessanten Darlegungen gebragt worden war, in der Hoffnung, ihn nicht zum letztenmal gehört zu haben, fand die Versammlung gegen 9 Uhr ihren Abschluß. Die Teilnehmer blieben bis zum Abgang ihrer Züge gemüßlich beisammen.

Mainz. (Drucker. — Wierteljahrsbericht.) Unsere Januarversammlung, die ein volles Geschäftsjahr aufzuweisen hatte, nahm einen erheblichen Verlauf. Leider mußte wieder mal ein Kollege wegen Kosten ausgeschloffen werden. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles referierte Kollege Bötcher (Stuttgart) über: „Nichtige und falsche Wege beim Juristieren“. Er verstand es, sein Referat durch Aushängen und Auslegen von verschiedenen Zeichnungen, Illustrationen, Wert- und Plattenformen aus Ost-, Nord-, West- und Süddeutschland leicht verständlich zu machen, um den Unterschied zu sehen, wie verschieden überall gearbeitet wird. Das mit großem Interesse aufgenommene Referat löste großen Beifall und eine lebhafteste Diskussion aus. — Am 14. März fand unser zweiter Diskussionsabend statt. Nach Erledigung einer Neu-

Wiederaufnahme und des geschäftlichen Teiles, besprach Kollege Baumgarten in Verbindung des Vorstehenden das Rundschreiben Nr. 1 der Zentralkommission. Kollege Gilman (Mannheim) referierte über: „Mitsachen und Befreiung der sich täglich in den Betrieben ergebenden Reibungsflächen zwischen Stereotypen und Druckern“. Das mit großem Interesse von der Versammlung aufgenommene Referat löste eine lebhafteste Diskussion aus. Eine durch das freundliche Entgegenkommen der Firmen Kriegerwert Hofmann, M. A. R., Otto Käfer, Geismann (Dresden-Leipzig), Hoffmann & Steinberg, Raß & Ehmig, Berger & Wittig und Zobernand (Mainz) ermöglichte Kalenderausgabe wurde durch eine Besprechung des Kollegen Baumgarten eingeleitet. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß sämtliche Firmen befreit waren, Qualitätsdrucke zu bieten. Die hierauf eingehende Besprechung der besprochenen Kalender löste vollste Zustimmung bei den glücklichen Gewinnern aus. Den edlen Spendern sei dafür bestens gedankt. Nach der Besprechung des Tages- und Mehrabenddrucks der Firmen Maschinenfabrik Johannsberg, M. A. R., Farbenfabrik Bartmann, V. Haller und Sprenger & Müller fanden diese Druckereien bei den Versammlungsteilnehmern einen reichlichen Abgang, auf diesen Firmen sei bestens gedankt. — Am 28. März fand eine gemeinsame Versammlung für Wiesbaden und Mainz in Wiesbaden statt. Herr Diplomingenieur Ringe von der Maschinenfabrik Franzthal hielt einen Lichtbildvortrag über „Die moderne Rotationsmaschine, die moderne Schnellpresse und Neutheiten auf der Leipziger Messe“ und erntete reichen Beifall.

München. (Handgelehrer. — Vierteljahrsbericht.) Unsere Generalversammlung am 7. Februar gedachte zunächst zweier verstorbenen Mitglieder. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen gab Vorsitzender Rump einen Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr, woran anschließend Kollege Fisser den Kassenerbericht erstattete. Zu den Berichten wurden keine Einwendungen erhoben. Sodann wurde zur Neuwahl der Vorstandswahl geschritten. Diese ergab die Wiederwahl der bisher amtierenden Kollegen; lediglich für einen mehrere Jahre als Beisitzer tätig gewesenem Kollegen, der eine Wiederwahl ablehnte, wurde ein Ersatzmann gewählt. Aus der dann vorgenommenen Wahl einer Bezahlungskommission gingen drei Kollegen hervor. Einige Anregungen fanden noch unter „Verschiedenem“ ihre Erledigung. — Die Versammlung am 7. März brachte einen Vortrag über: „Die Presse während der französischen Revolution und zur Zeit Napoleons Bonapartes“ von Herrn Schriftsteller Gast, dessen interessante Ausführungen allgemeinen Beifall fanden. Stellvertretender Vorsitzender Bauer dankte dem Referenten im Namen der Versammlung für das Gebotene.

Nürnberg. Nach Begrüßung der zahlreich erschienenen Kollegen in unserer Versammlung am 28. März widmete Vorsitzender Schlund dem kürzlich verstorbenen Reichsanwalt a. D. Hermann Müller Worte ehrenden Gedankens. Im Mittelpunkt der Versammlung stand das Referat des Kollegen Röhrl (München): „Bürgerschaft und Arbeiterschaft“. Die zweiwöchigen, von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen, die einen klaren Einblick in die Materie des Themas gaben, zeigten den Kollegen die Wertigkeit und fanden ungeteilten Beifall. Der Vorsitzende gab dann einen kurzen Rückblick über die letzten Lohnverhandlungen bzw. den Lohnabbau. In den Ausführungen kam zum Ausdruck, daß unter den gegebenen Umständen untrer Organisation kein anderer Weg blieb, als sich dem Diktat zu beugen, und daß auch das Schlichtungsverfahren nicht unter allen Umständen verworfen werden darf. Was uns heute mehr denn je ist, liegt einig sein und unsere Kräfte zu fassen. — Am Sonntagvormittag fand dann noch im Beisein des Kollegen Röhrl (vom Gauvorsitz) eine Versammlung der Drucker einer hiesigen Firma statt, die sich mit unfallsbaren Zuständen im dortigen Druckereial beschäftigte.

Osnabrück. (Mechanische Gelehrer.) Damit auch den Typographischen Genüße geleistet wurde, fand am 29. März in der Osnabrücker Buchdruckerei G. m. b. H. ein Debatteveranstaltungsvortrag statt. Der zufällig hier weilende Monteur der Typographischen Gesellschaft, Herr Grisch, stellte sich bereitwillig zur Verfügung, und wurde ein interessanter sowie lehrreicher Vortrag gewährleistet. Dank sei auch dem Inhaber der Firma, Herrn Mölling, gesagt, der uns seine besondere Aufmerksamkeit machte. Der rund zwei Stunden dauernde Vortrag hat bei allen Kollegen regste Aufmerksamkeit hervorgerufen. — Nachmittags fand ein Spaziergang in die Umgebung Osnabrücks statt.

Wöhrde i. Thür. In unserer Versammlung am 18. März sprach als Gast Redakteur Willi Eschaber vom „Saalfelder Volksblatt“ über „Die Presse in alter und neuer Zeit“. Der Redner ging von den Steinzeitarten der alten Ägypter als dem Ursprung untrer heutigen Zeitungen aus, leitete über zu der ausführlichsten Nachrichtenübermittlung der Zeitungen des Mittelalters nach Erfindung der Buchdruckerkunst und behandelte dann ausführlich die Zeitungen des letzten Jahrhunderts, deren Wert und Aufgabenbereich durch die Kritik an den Geselbissen eine außerordentliche Bereicherung erfahren habe. Der Redner schloß dann die Moral des doppelten Bodens verschiedener bürgerlichen Zeitungsverlage, die neben ihrer großen politischen Zeitung in der Regel noch ein weiteres Blatt herausgeben, das auf die niedrigsten Niveaus in Menschen angefaßt ist und alle Ehedramen, Trümmel und sexuelle Verbrechen usw. in größter und breiterer Aufmachung den Lesern vorsetzt. Weiter freute er den geschäftlichen Rückgängen entzogenen Umschwung großer demokratischer Zeitungen nach der Wahl vom 14. September ins Lager der Bürgerlichen und Nationalsozialisten. Über auch in der sozialdemokratischen Presse sind einschneidende Veränderungen geplant durch die sogenannte „Uniformierung“ der Presse. Die sozialdemokratische Presse soll nämlich von Berlin aus mit Material beliefert werden, wodurch der eigenliche Charakter der örtlichen Presse natürlich geraubt würde. In einer anschließenden Aussprache kam vor allem zum Ausdruck, daß es für uns Buchdrucker ziemlich unverständlich wäre, eine „Uniformierung“ der sozialdemokratischen Presse herbeizuführen, denn dadurch würden doch viele Kollegen in der „Provinz“ arbeitslos, was nicht gerade nach Arbeitsbeschaffung und Befähigung der Arbeitslosigkeit im Buchdruckergewerbe aussieht. — Mit einem recht heißen Punkt hatte sich eine a u ß e r o r d n u n g s V e r s a m m l u n g am 25. März zu befassen. Die Kollegen sollten ihre Zustimmung geben zur Übertragung einer

Bücherei dürfte wohl kaum eine andre Fachschule aufweisen. Die Schule wurde seit Bestehen von Firmen des großartigen Gewerbes reich mit Hilfsmitteln, Maschinen, Geräten usw. unterstützt. Zur Ergänzung des Schriftmaterials und der Werkstatteinrichtung stiftete der Verein Münchner Buchdruckerbesitzer jährlich 2000 M. Der Gesamtbetrag aller Schenkungen beziffert sich auf rund 80 000 M. Zur Erweiterung, Vertiefung und Belebung des Unterrichts wurden Besichtigungen, Schülerfahrten und Wanderungen veranstaltet und ferner belebende Filme und Lichtbildvorführungen vermittelt. Leider ist der Raum zu knapp, um auf die verschiedenen Bildungsmöglichkeiten untrer beruflichen Nachwuchses in München etwas gründlicher einzugehen.

Aus der Mappe mit den Schülerarbeiten kann man am besten erkennen, welcher Geist in der Schule herrscht. Wer diese Arbeiten durchsieht, empfindet ohne weiteres, daß durch den Lehrkörper ein einheitlicher und starker Wille geht. Hier herrscht wahrlich die Flammhaftigkeit und Gründlichkeit. Es erblüht sich, einzelne Blätter zu besprechen, weil jedes Blatt gutes handwerkliches Können verrät. Besondere Anerkennung verdient die gründliche Bearbeitung des Wertpapiers in all seinen Varianten bis auf den Nulstnotenfuß. Auch die übrigen Sagarten, einschließlic der „Mizidens“, sind gründlich bearbeitet worden. Erfreulicherweise hatte die Schulleitung nicht den Ehrgeiz gehabt, Jubiläumssarbeiten zu schaffen. Für den Fachmann bietet die Mappe in ihrer Gesamtheit ein Musterbeispiel beruflicher Erziehung, wie es nur wenigen der älteren Jugend beschieden war. Möge dieser gute Geist auch weiterhin die Schule beherrschen.

Sicherheitshypothek des Ortsvereins Böhm in Höhe von 1000 M. an die Gewerkschafts- und Volksbank-G. m. b. H. an die Witwen- und Waisenkasse des Gaus Thüringen. Der unter kommunizierter Leitung stehenden Gewerkschafts- und Volksbank-G. m. b. H. war ein glanzvolles Darlehen in Höhe von 1000 M. auf fünf Jahre gegeben worden. Da nun die Gewerkschafts- und Volksbank-G. m. b. H. nach Ablauf der fünf Jahre keine Zinsen bezahlen wollte und auch auf keine Kündigung der 1000-M.-Hypothek einging, mußte unsere Forderung an eine juristische Person übertragen werden, um eventuell die Forderung eintragen zu können. Aus diesem Grunde wurde unter Forderung an die Gau-Witwen- und Waisenkasse getreten. Die Versammlung gab hierzu gegen fünf Stimmen ihre Zustimmung. Zur gegebenen Zeit folgt ausführliche Darstellung dieses in der Arbeiterbewegung immerhin eigenartigen Falles.

Stuttgart. Inre Versammlung am 1. April nahm einen wirklich anregenden Verlauf. Kollege Klein brachte „Vereinsmitteilungen“ zur Kenntnis. Er forderte zum zahlreichen Besuch einer Morgenfeier zur Ehrung von 34 Subalternen auf, die am 3. Mai im großen Saal des Gustav-Stegle-Hauses ihr 50jähriges Jubiläum begehen. Aus Anlaß des Verbandstages der Hilfsarbeiter wird unser Kollege Kraus in einer Verammlung der Mittelstufe sprechen. Zu der Jubiläumfeier des Bildungsverbandes am 18. und 19. April erludt der Vorsitzende um zahlreiche Beteiligung. Die Neueinstellung von Lehrlingen macht es den Funktionären zur dringenden Pflicht, die Durchschnittsgehälter des abgelaufenen Jahres genau zu ermitteln, um an Hand der tatsächlichen Belegschaft nicht noch zu übermäßigen Lehrlingen bedacht zu werden. Stillegelegte Sehmälchen werden ebenfalls aus der Errechnung der Lehrlingshöchstzahl. Eine Neuregelung der Ortsunterstützung mit Staffelung an Mitgliedsberechtigten, Bezugsberechtigte und Ausgesteuerte wird als notwendig anerkannt. Der Aufruf zur reiflichen Beteiligung an der Maifeier, um trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage zu zeigen, daß die Arbeiterkraft an ihren Idealen und Forderungen festhalte, bildeten den Schluß der Vereinsmitteilungen. Ein Vortrag über „Weltwirtschaftskrise und Weltarbeitslosigkeit“ des Reichstagsabgeordneten Engelbert Graf, Lehrer an der Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Dülrenberg (Saarland), erfolgte die Anwesenden annähernd zwei Stunden.

Die Krisenausbreitung, von der die Arbeiterkraft, die Unternehmer und die Staaten betroffen sind, kempfen sie zur Weltwirtschaftskrise, führte der Redner aus. Kapitalistische Kräfte waren in der Regel Mangelkräften, die durch Warenknappheit hervorgerufen, sich in Form von Teuerung auswirkten. Die heutige kapitalistische Weltwirtschaftskrise ist im Gegenteil dazu eine Krise der Überproduktion. Für die erzeugten Güter sind nicht genügend Käufer vorhanden. Daran der Rationalisierung alle Schuld bezumessen, sei unrichtig. Vielmehr könnten für zwei Fünftel dieser Auswirkung zugrundegelegt werden. Die restlichen drei Fünftel hätten der Ursachen viele. Ein wesentliches Moment bilde die Standortverlegung in der Erzeugung der Waren, die verhältnismäßig lange Zeit brauche, bis ein Ausgleich der durch die hervorgerufenen Krisenerscheinungen einträte. Eine solche Standortverlagerungsercheinung legte der Redner beispielsweise der Abwanderung der Industrie nach Amerika dar. Der Krieg mit seiner Blockade brachte es mit sich, daß die nur in Indien wachsende Zuckerpflanze statt ausgeführt zu werden, um an ihren früheren Verarbeitungspunkten den damit befristeten Arbeit und Lohn zu bringen, im Ursprungsland direkt verarbeitet werde. Die Folge war, daß die einst blühende deutsche Zuckereindustrie auf zwei Betriebe zusammengeschrumpft sei. Ähnlich erging es England mit seiner Textilfabrikation. Hier haben Indien und Japan den Verarbeitungprozess an sich gerissen. In der Schiffbauindustrie bestellte Japan vor dem Krieg seine Gesamttonnage in England usw. Heute kann es 800 000 Tonnen jährlich für fremden Auftrag neben Befriedigung des eigenen Bedarfs bauen. Das sind die Folgen der Standortverlegung in der Warenherzeugung. Frankreich, das noch vor wenigen Monaten von der heutigen Krise verschont schien, wurde in der Zwischenzeit ebenfalls in die hineingezogen. Hier müsse ein Konstruktionsfehler im kapitalistischen Wirtschaftskreis vorliegen. Redner kam im Zusammenhang damit auf die Profitverwendung zu sprechen und die dadurch notwendige Verwendung des Kapitaleinkommens. Während das Arbeitseinkommen zur Anschaffung von Konsumgütern verwendet werde, hätten in guten Zeiten die Kapitalerträge zur Ausweitung des Produktionsapparates Verwendung gefunden. Die Folge sei nun die heutige Überproduktionskrise. Die Begleiterscheinung der letzteren seien Zinsverluste an Anlagekapital. Dies bewies Graf an der Sillegung der deutschen Sozialisten, wo über die Hälfte des angelegten Kapitals heute brachliegt. Ein typisches Moment der Weltwirtschaftskrise erblickte Redner in der Gleichzeitigkeit von Industrie- und Agrarkrise, was bei früheren Krisen nie beobachtet wurde. Nun untersuchte der Vortragende die Wege zur Lösung der Krise. Diese Lösung wird Weltbedeutung haben. Hier gab er dem autorisierteren deutschen Kapital einen Vorstoß gegenüber andern Staaten. Allerdings auf dem heute beschrittenen Weg des Lohnabbaus und der Verschleuderung deutscher Werte ins Ausland auf Kosten der deutschen Arbeiter könne eine gesunde Lösung dieses Problems nicht erfolgen. In England, wo die Rationalisierung nach am weitesten zurück liege, sei die prozentuale Arbeitslosigkeit mit Deutschland auf gleicher Höhe. Dabei sei England ein Kapitalüberflusstaat in viel höherem Maße wie Deutschland. Auch diese Überflüsse setzte Redner an Hand von Baumwollen- und Weizenpreisen, von den Auslandsunterpreisen und Inlandsüberpreisen an Kaffee, Zucker, Weizen, Stabelfen, Draht bildeten den Kern seiner Beweisaufführung, mit welchen Mitteln der Kapitalismus seine Gegner lähmlegen lasse. Auch der Geburtenüberschuß habe Einfluß auf die Weltwirtschaftskrise. Ein bequemes Mittel sei, dem verlorenen Krieg alle Schuld für die deutschen Zustände aufzuheben. Damit eng verknüpft sei der frühere Dawospoln und der heutige Youngplan. Inre nationalen Gegner sehen in ihnen die Wurzel allen Elends und Übels und verlangen Jerschließung dieser Verträge. Kämen sie zur Realisierung, bliebe ihnen nichts anderes übrig, als die eingegangenen Verpflichtungen einzulösen. Es sei einmal so, wer verspielt, müsse bezahlen. Tue er es nicht, werde er dazu gezwungen, was unter Umständen noch viel schlimmere Auswirkungen haben könnte. Dann kam Redner auf die Stabilität des Geldes seit 1912 zu sprechen. Seine Frage, wie kann man aus der heutigen Weltwirtschafts-

krise herauskommen?, beantwortete er mit Einführung der sozialistischen Planwirtschaft, die an Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu treten hätte. Man sträube sich, die 40-Stunden-Woche, ja den Achtstundentag einzuführen. Die Weltwirtschaftskrise zeige jedoch klar, daß der Achtstundentag längst überholt sei und heute der Sechsstundentag kaum alle Arbeitslosen einziehen ließe in den Arbeitsprozess. Ferner müssen alle Zugschichten aus dem Erwerbsleben herausgenommen werden. Vom 16. Jahre ab erst sei ein junger Mann reif zur körperlichen Anstrengung. Dafür werde er heute in seinen Entwicklungsjahren schon so streng herangezogen, daß er in vielen Fällen an seiner Gesundheit Schaden nähme. Den Ausweg, den die Regierung mit Zollmaßnahmen, durch die Zollunion mit Österreich usw. suche, ist zum größten Teil ein Fehlgang und schädigt im ersten Fall die Kaufkraft weitest Kreise. Verringerte Kaufkraft bedeute jedoch das Gegenteil vom Herauskommen aus der Weltwirtschaftskrise. Wenn Rußland seinen Zweck erreichen sollte, daß es zum reinen Industriestaat sich umstelle, würde die kommende Krise noch viel schlimmer wie die heutige schon sein. Den Vorschlag haben wir schon in der deutschen drucklegenden Holzwirtschaft. Um die zu erwartenden Folgen zu studieren, hätten die deutschen Industrieleiter Gelegenheit genommen, ähnlich den amerikanischen, mit Rußland in Verbindung und Geschäfte zu treten. Wie sich dieser Schritt auswirke, sei heute noch nicht zu übersehen. Dies hänge wieder mit der Garantiebereitschaft der deutschen Regierungen zusammen. Bringe es uns vermehrte Arbeitsmöglichkeit, werden wir diese Maßnahme begrüßen. Im Schluß seiner Rede ermahnte Redner förmlichen Besinn. Die Aussprache war kurz. Im Schlußwort unterstrich der Vortragende seine ersten Ausführungen. Mit dem Dank des Vorsitzenden an den Referenten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Waldenburg i. Schl. (Bierckels Jahresbericht.) In unserer Jahreshauptversammlung am 10. Januar berichtete Bezirksvorsteher Kögel über die Bezirksvorsteherkonferenz. Gegenstand der Konferenz waren die bevorstehenden Lohnverhandlungen und die augenblickliche Lage im Gewerbe. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu ersehen, daß der Verammlungsbesuch etwas nachgelassen hat. Die Mitgliederzahl belief sich am Ende des Jahres auf 110 und 2 Invaliden. Zu Weihnachts wurden die Invaliden und Witwen wiederum mit einem Geldgeschenk bedacht. Die Lehrlingsabteilung zählte 25 Mitglieder. Im Zeichen des allgemeinen Wiederaufbaus wurde auch die Entschuldigungsliste für Vorstandmitglieder herabgesetzt. Wegen der vorgelegten Zeit mußte die Versammlung verlegt werden. Die Vorstandswahl wurde darum in der außerordentlichen Jahreshauptversammlung am 24. Januar vorgenommen. In den engeren Vorstand wurden u. a. die Kollegen Kischard Werner als erster Vorsitzender und Wiesner als Kassierer gewählt. Der Orts- und der Bezirksratler erstatteten die Jahresberichte, worauf ihnen Entlastung erteilt wurde. Die Lehrlingsabteilung feierte am 21. Februar ihr zehnjähriges Bestehen in Form eines wohlgeplanten Elternabends. — In der Versammlung am 28. Februar referierte Gauvorsteher Fiedler über das Thema: „Aktuelle Wirtschaftskrisen“. Er charakterisierte die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf das Buchdruckgewerbe. Eingehend behandelte er das „Altkleimittel“ gegen die Wirtschaftskrise, den Lohnabbau. Eine Umfrage in der Versammlung ergab, daß alle hiesigen Druckereien den Lohnabbau vorziehen. Ein beiderseitig verbindliches Abkommen wurde in der Schließung der Bergwerke vereinbart. Am 1. März wird die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden herabgesetzt und der bisherige Tariflohn dafür um 6 Proz. gekürzt. Das heißt, der Schließungsdruck wurde auch durchgeföhrt, aber der so entfallende Lohn für eine auf 40 Stunden herabgesetzte Arbeitszeit gezahlt. Außerdem wurden fünf Arbeitslose eingestellt. Das Abkommen läuft bis 31. August. — In der Versammlung am 28. März sprach Verwaltungsdirektor Rosenbaum von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Waldenburg über Verwaltungstechnische Angelegenheiten unter besonderer Berücksichtigung der Notverordnungen. Ein sich an diese Versammlung anschließender „Schlösscher Abend“ ließ die Mißere des Alltags für einige Stunden vergessen.

Wiesbaden. (Malschiner s. s. s.) In unserer Versammlung am 22. März hielt Kollege Sutenbäumer (Mannheim) einen Vortrag über das Thema: „Wahlensieger-Zeitfragen“. Die Ausführungen waren sehr interessant und fanden dankbare Zuhörer. Tarifliches, Organisations-, Gesundheits-, Kollektives- und Arbeitslosenfrage wurden eingehend behandelt. In der anschließenden Diskussion wurde lebhaft über den Lohnabbau gesprochen und zum Ausdruck gebracht, daß bei zukünftigen dringenden Abwärtswerten die schärfsten Maßnahmen, die uns zur Verfügung ständen, angewendet werden müßten.

Allgemeine Rundschau

Zur Aussperrung in Norwegen. Zu der großen Aussperrung, von der auch die Buchdrucker betroffen sind, ist ergänzend zu berichten, daß am 15. April das zweite Aufgebot die Arbeit verlassen mußte. Es hat jedoch den Anschein, als ob nicht alle Mitglieder des Arbeitgebervereins mit dem allzu forschigen Vorgehen seiner Leitung zufrieden sind. So mußte einigen Betrieben, die ihre Arbeiter auf Anweisung des Unternehmerverbandes entlassen sollten, Dispens gegeben werden. U. a. betrifft das eine Maschinenfabrik mit 300 Arbeitern. Von den Buchdruckereiarbeitern sind im ganzen Land etwa 1500 ausgesperrt, also nur die knappe Hälfte der 3000 Verbandsmitglieder. Die Inhaber der Zeitungsbetriebe in Oslo sowie einer großen Zahl von Werk- und Webdruckereien gehören nämlich dem dem Unternehmerverband angeschlossenen Buchdruckerverein nicht an. Ein neuer Schlichtungsvertrag in der Papierindustrie, die schon seit einem Monat im Konflikt ist, wurde ergebnislos abgebrochen.

Lohnkonflikt im Steindruckgewerbe. Der Tarif für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe ist von den Unternehmern gekündigt worden. Die Tarifverhandlungen begannen am 4. Mai. Die Unternehmer verlangen Lohnminderung um 15 Proz., Kürzung der Ferien, Abbau der Bezahlung für Feiertagsarbeit und Überstunden. Die Gewerkschaft verlangt Einführung der 40stündigen Arbeitswoche, verbunden mit einem Ausgleich des Lohnes als Hilfe für die Arbeitslosen, Neuregelung des Lehrlingswesens, positive Bestimmung über die Bezahlung der Feiertage und Anerkennung der Ferienbezahlung als Bestandteil des Lohnes.

Meisterprüfungen in Frankfurt a. M. Für das Stadtgebiet Frankfurt a. M., die Kreise Main-Taunus, Ober-Taunus und Uffingen finden voraussichtlich im Juni d. J. Meisterprüfungen für das Buchdruckgewerbe in Frankfurt a. M. statt. Anmeldungen sind an den Vorsitzenden der Meisterprüfungskommission für das Buchdruckgewerbe, Herrn Konrad End, i. Fa. Rapp & End, Frankfurt a. M., Große Bodenheimer Straße 30, bis spätestens Sonnabend, den 2. Mai 1931, einzureichen. Der Anmeldung sind beizufügen: 1. eigenhändig geschriebener Lebenslauf, 2. Geburtsurkunde, 3. Gesellenbrief, 4. Nachweis derjährlicher praktischer Gehilfenzeit, 5. Zeugnisse gewerblicher Unterrichtsanstalten, 6. Polizeiliches Führungszeugnis, 7. eidesstattliche Versicherung darüber, ob sich der Prüfling bereits zur Meisterprüfung gemeldet hat, sich vor einer andern Meisterprüfungskommission der Meisterprüfung unterzogen hat.

Zuchthausstrafe für einen Reakteur in Polen. Vor dem Bezirksgericht in Wilna hatte sich der verantwortliche Reakteur des dortigen „Dziennik Wlenski“ zu verantworten, der angeklagt war, im Zusammenhang mit Tumulten auf einer Wählerversammlung den Leiter der „Ligion der Jugend“ beschuldigt zu haben, Anstifter dieser Tumulte gewesen zu sein. Dafür verurteilte das Gericht den Angeklagten zu einem Jahr Zuchthaus und 4800 Zloty Geldstrafe oder weiteren sechs Monaten Gefängnis. Der Verurteilte wurde sofort in Haft genommen. — Weit „besser“ kamen die verantwortlichen Reakteure der „Polska“ des „ABC“, „Wieczor Warszawski“ und „Glos Lubelski“ davon, die vor dem Bezirksgericht in Biata Lublaska standen und angeklagt waren, den Leiter des Lubliner Schulkuratoriums in Artikeln der Gotteslästerung beschuldigt zu haben. Die Angeklagten wurden „nur“ zu je 3 bis 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schlechtsprüche für das Baugewerbe. Im Lohnkonflikt des Baugewerbes wurden dieser Tage für eine ganze Reihe von Bezirken noch Schlechtsprüche gefällt. In Bayern wurde der Berliner Schlechtspruch, über den wir in Nr. 30 berichteten, für verbindlich erklärt; das gleiche gilt für Westfalen. Im Rheinland wurde über die Ortskasseneinteilung ein Spruch gefällt, der eine Kürzung der Löhne bis zu 21 Pf. pro Stunde oder 16 Proz. (Ezier) mit sich bringt. Dieser Fehlspruch wurde von dem Schlichter damit begründet, daß das Rheinland in der Arbeitslosigkeit an der Spitze stehe. Im Bezirk Mecklenburg wurde durch Vereinbarung der Berliner Spruch verbessert; in der obersten Ortsklasse wurden die Stundenlöhne um 2 Pf., in den übrigen Klassen um 3 Pf. erhöht. Somit beträgt der Lohnabbau im Höchstmaß in diesem Bezirk 7 Proz. Allerdings mußte eine Verschlechterung in der Landzulage und im Wegegeld mit in Kauf genommen werden. Für Groß-Stettin und Pomern kam es zu einem Spruch, dem die Parteien zustimmten. Danach bleibt der Berliner Spruch über den Spitzenlohn bestehen, die Lohnkürzungen in den einzelnen Ortsklassen bewegen sich jedoch von 9,9 Proz. (Groß-Stettin) bis herab zu 7 Proz. in den kleineren Orten.

Dom Geldumlauf. Bei der Reichsbank haben sich gegenwärtig derartige Massen von Mißgeboten eingestellt, daß sie — wie die Tagessetzungen melden — zu besonderen Verhandlungen gezwungen ist, um die diesen Drei- und Fünftelmarken wieder in den Verkehr zu bringen. Es stellte sich heraus, daß die Beliebigkeit des Silbergeldes, was sie vor dem Weltkrieg bestand, in der Bevölkerung heute nicht mehr so vorhanden ist. Obwohl das Publikum während der Inflationszeit mit dem Papiergeld keine guten Erfahrungen gemacht hat, wird doch das Papiergeld in neuerer Zeit bevorzugt. Bei dieser Gelegenheit blitze ein Hinweis darauf von Interesse sein, wie sich Preußen in den Kriegsjahren 1813—15 in seiner damaligen großen Geldnot zu helfen wußte. Der damalige Staatsminister Christian v. Nothke, der auch Präsident der Preussischen Staatsschuldenverwaltung war, hat darüber recht interessante Aufzeichnungen hinterlassen, die der bekannte Historiker Meinecke vor einigen Jahren veröffentlichte. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1813 blieben alle erdentlichen Versuche, das so dringende Geldbedürfnis Preußens zu befriedigen, ohne Erfolg. Die Goldschätsungen gerieten ins Stocken, man konnte nicht einmal das Gold für die Munition beschaffen. In Schlessen wurde bei den wohlhabenden Bürgern ein Zwangsanzleihe aufgenommen, die 1¼ Millionen Taler erbrachte. In der Generalkasse des Hauptquartiers befanden sich ganze 3000 Taler. Der König richtete an Nothke eine Order, in der es hieß: „Ich befehle Ihnen und mache Sie persönlich dafür verantwortlich, daß der schon seit mehreren Wochen rückständige Sold sämtlicher Truppen meiner Armee bis zum Tage des bevorstehenden Ausmarsches bezahlt werde.“ Nun wurde keine Kassa mehr gefunden und man behalt sich mit Zwangsanzleihen und Kapitalisten in Verbindung. Mit vielen Mühen und zum Teil mit Anwendung von Gewalt wurden 2 Millionen Taler zusammengebracht und zum Teil ins Hauptquartier befördert. Ähnliche Schritte wie in Berlin wurden auch in den einzelnen Provinzen von den Militärregimenten unternommen; der Ertrag blieb aber durchweg gering. Mit diesen Kapitalien hielt sich der preussische Staat bis zur Schlacht bei Leipzig über Wasser. Die Lebensmittel wurden in dieser Zeit größtenteils gegen Befreiung von herbeigekauft und, soweit möglich, mit Hilfe der laienhaften Landeseinheiten auch bar bezahlt. Erst nach dem Sieg bei Leipzig erboten sich einige Bankiers zu Vorschüssen. Die Expeditionen, zu denen sich die Regierung in den schlimmsten Monaten gezwungen sah, wurden habmöglicht ausgeglücken; die Geldgeber wider Willen erhielten ihre Kapitalien nebst 6 Proz. Zinsen in den ersten Jahren des Friedens bar zurück. Nach dem Beginn der Einführung trat dann eine Vermehrung des Papiergeldes ein. So allmählich gewöhnte sich das Publikum daran, und der Erfolg des Metallgeldes durch Papier wurde von den Behörden wie manchen Organisationen des Handels und der Industrie gefördert. In der Jetztzeit hat, wie schon gesagt, die Vorliebe für das Papiergeld durchaus nicht nachgelassen. Die Reichsbank hat bekanntlich kürzlich der Arbeitslosenversicherung einen Kredit von 85 Mill. M. verschafft in der Hoffnung, auf dem Amwege über die Arbeitslosen ihren „Silberberg“ loszuwerden, was aber wohl irrig sein dürfte. Das „süßere Geld“ dürfte den Weg zur Reichsbank verhältnismäßig schnell zurückzuführen.

